

Calmer Calblatt

Nr. 211.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang.

Veröffentlichungsstelle: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste halbe Seite 60 Pf., 12mal wöchentlich 1.20 Mark, 3mal monatlich 3.60 Mark. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 2.

Samstag, den 10. September 1921.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtlohn Mk. 12.00 vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 13.00 mit Postgeld. — Schlag der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Bayern und das Reich.

Die Verständigungsformel.

Berlin, 9. Sept. Die „Vossische Zeitung“ meldet aus München unermüdlich über die Urnisse der Einigungsformel. Bayern erkennt die Maßnahmen der Reichsregierung zur Sicherung der demokratischen Republik grundsätzlich an. Der Ausnahmezustand in Bayern wird den für das Reich geltenden Verordnungen nach Möglichkeit angeglichen. Die bayerische Regierung erhält das ausschließliche Vorschlagsrecht für diese Bestimmungen. Sie gibt die Zusicherung, daß alle Ausnahmemaßnahmen gleichmäßig und ohne Parteirücksichten gehandhabt werden. Der bayerische Ausnahmezustand wird unter Einhaltung kurzer Fristen abgebaut. Heute nachmittags 5 Uhr tritt der Ministerrat zusammen, morgen früh werden die parlamentarischen Beschlüsse beraten, nachmittags soll dann der ständige Landesausschuß zusammentreten.

München, 9. Sept. Die bayerische Delegation ist heute vormittags 11 Uhr von Berlin zurückgekehrt. Sofort nach ihrem Eintreffen haben der Abg. Held und Staatssekretär Dr. Schwyer dem inzwischen nach München zurückgekehrten Ministerpräsidenten v. Kahr über die Verhandlungen in Berlin eingehend Bericht erstattet. — Der bayerische Ministertrat trat heute nachmittags 5 Uhr zusammen, um sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen.

Die bayerische Regierung besteht auf der Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes.

Berlin, 10. Sept. Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet aus München, daß die Verhandlungen zwischen den bayerischen Abgeordneten und der Reichsregierung folgendes Ergebnis gehabt hätten: Bayern verlangt, daß gegenüber dem Reichsausnahmeverordnungen vom 29. 8. die Landeszuständigkeit gewahrt bleibt. Ein Kompromißvorschlag will an Stelle dieser Reichsverordnung eine neue mit den Landesbehörden als erste Instanz und mit Vorschlagsrecht beim Reichsländesausschuß einführen. Das sei für Bayern unannehmbar. Bayern verlangt unveränderte Aufrechterhaltung seines Ausnahmezustandes bis zur befriedigenden Aenderung der Verhältnisse. Im Ministerrat soll Ministerpräsident v. Kahr, wie der „Berl. Lokalanzeiger“ weiter meldet, bereits seinen Rücktritt angekündigt haben, wenn der bayerische Ausnahmezustand aufgehoben werde. Die Beratungen werden heute Vormittag mit den Koalitionspartnern stattfinden und dann mit der Landtagsauschüsse mit der Sache betraut werden.

Auch das „Berliner Tageblatt“ meldet, daß sich im Laufe des gestrigen Ministerrats die Aussichten auf Annahme der Berliner Vorschläge verschlechtert hätten, sodaß möglicherweise mit einer erneuten Störung der Verhandlungen zu rechnen sei. Einer Zeitungs-Korrespondenz zufolge hofft man in Berliner Regierung und Reichstagskreisen, in der Sitzung des Nebenwahlausschusses am Montag zu einer befriedigenden Beilegung der bayerischen Frage zu gelangen. Am Dienstag sollen erneut interparlamentarische Beratungen der drei Reichstagsparteien im Reich über die politische Gesamtlage stattfinden.

Berliner Pressestimmen.

Berlin, 10. Sept. Die „Germania“ sagt bei Besprechung der Berlin-Münchener Verhandlungen: Die Reichsregierung gibt gern, was die Bayern brauchen, um sich in der Welt als Bayern auszuweisen zu können. Nur darf dabei die einseitige und feste Führung der Reichsregierung nicht behindert werden. Es liegt jetzt besonders bei der bayerischen Regierung, endlich wirklich gute Politik zu machen. Die Reichsregierung wird die betretene Linie unter allen Umständen durchhalten. Die Stellung der Reichsregierung ist eine sehr feste, ihre Autorität im übrigen Süddeutschland eine so anerkannte und besonders geehrt der Reichstagsler ein solches Vertrauen in den weitesten Kreisen, daß es ausreicht, auch einen Keimen bayerischer Stürze zu bestehen. Wir wünschen diesen selbstredend nicht. Die Entscheidung darüber liegt in München.

Die „Freie Presse“ erklärt, daß eine Einverständniserklärung der U.S.P. zu dem Kompromiß mit Bayern nicht vorliegt. Die Vertreter der Partei hätten an den Bestimmungen herbe Kritik geübt und solche gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutze der Republik verlangt.

Die Reichsregierung gegen falsche Beschuldigungen.

Berlin, 9. Sept. Unter den zahlreichen unrichtigen Behauptungen, die von Münchener Blättern über die Reichsregierung aufgestellt werden, findet sich auch die Mitteilung der „Münchener Neuesten Nachrichten“, daß der Reichsminister des Innern daran arbeite, die Regierung Kahr zu befehligen. Sozialdemokratische Führer sollen in bayerischen Kreisen unter Umgehung der bayerischen Staatsregierung über Angelegenheiten lokaler Natur sich beschwerdeführend an die Reichsregierung gewandt haben. Dazu ist zu bemerken, daß nur in einem einzigen Falle von bayerischer Seite an den Reichsminister des Innern herangetreten wurde und zwar ist dies der Fall des Kahr'schen Telegramms, das der Reichsminister sofort in korrektester Weise der bayerischen Regierung bekannt gegeben hat.

Keine Putschabsichten der nordbayerischen Sozialdemokratie.

Berlin, 10. Sept. Ein Münchener Telegramm des „Vorwärts“ betont, daß sich die nordbayerischen Sozialdemokraten nicht in einer unangenehm für sie endenden Aktion in ihrem Kampf gegen die Regierung Kahr denken. Die bayerische Arbeiterbewegung behalte sich nach wie vor den Generalstreik und unter Umständen einen Volksentscheid auf demokratischer Grundlage zwecks Abtrennung Nordbayerns von einem unbeherrschbaren „Kahr-Bayern“ vor. Die bayerische Sozialdemokratie werde niemals die Hand zu einem putschähnlichen Vorgehen in Nord- oder Südbayern, wie etwa die Ausrufung einer neuen Republik Nordbayern, gegen den Willen der Volksmehrheit hegen.

Verführliche Haltung der christlichen Gewerkschaften.

Berlin, 9. Sept. Der „Deutsche“ veröffentlicht eine große Reihe von Versammlungsberichten von Gruppen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die alle getragen sind von dem christlichen Willen, dem Ziele der Volksgemeinschaft opfermütig zu dienen und eine Steigerung der politischen Leidenschaften ablehnen. Unter anderem werden erwähnt die Christlichen Gewerkschaften von Offenbach, der Deutsche Gewerkschaftsbund, Hauptanschuß Dresden, die Christlich-nationale Arbeiterbewegung Groß-Stuttgart, der Christliche Metallarbeiter-Verein, Ortsverwaltung Eschweiler.

Der Reichsausschuß über die Zeitungsverbote.

Berlin, 9. Sept. Unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Gradnauer verhandelte heute nachmittag der Ausschuß des Reichsrats über die Beschwerden der auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 verbotenen Zeitungen. Die beschwerdeführenden Zeitungen waren vertreten. Nach längerer Beratung des Ausschusses verkündete Reichsminister Dr. Gradnauer folgende Entscheidung: „Der Ausschuß hat mit Mehrheit seiner Mitglieder beschloffen: Es kann dahingestellt bleiben, ob nicht schon der Artikel 116 der Reichsverfassung die rückwirkende Kraft der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 ausschließt, es kann auch sonst dahingestellt bleiben, ob die Verordnung sich eine rückwirkende Kraft hätte beilegen können, jedenfalls ist der Ausschuß der Auffassung, daß nach dem Wortlaut der Verordnung Verbote nicht ergehen konnten wegen des Inhalts periodischer Zeitschriften vor dem Erlass der Verordnung. Das Verbot der betreffenden sechs Zeitungen wird daher aufgehoben. Es handelt sich um die „Deutsche Zeitung“, „Deutsches Abendblatt“, „Deutsches Tageblatt“, „Süddeutsche Zeitung“, „Hamburger Warte“ und „Schmaltrot“ in Gera.“

Die Tagung des Völkerbunds.

Ein belgischer Delegierter über die politische Lage.

Genf, 9. Sept. Bei der Fortsetzung der Beratung über den Bericht des Völkerbundsrates in der heutigen Sitzung der Versammlung hielt der belgische Senator Lafontaine eine lange Rede, in der er in ergreifender Weise auf den gegenwärtigen läghigen Zustand der ganzen Welt hinwies, und ein erschütterndes Bild von den furchtbaren Folgen eines neuen Krieges entwarf. Er sagte, man müsse sich unaufhörlich vor Augen halten, was ein neuer Krieg mit allen seinen Schrecken für die Zivilbevölkerung bedeuten würde.

Die russische Frage.

Genf, 9. Sept. In der heutigen Völkerbundssitzung hielt Nansen eine lange Rede über das Hilfswerk, das das ungeheure Elend in Rußland mildern soll. Er erklärte in kategorischer Weise, daß man sich bei der Durchführung des Hilfswerks in jeder Weise auf die Sowjetregierung verlassen könne. Er habe bereits bei den Verhandlungen über die Rückbeförderung der Kriegsgefangenen die Erfahrung gemacht, daß die Sowjetregierung streng ihre Verpflichtungen erfülle. Trotz des Kriegszustandes habe sie mehr als die versprochene Anzahl Gefangener heimtransportiert. Auch die Kleiderlieferungen für die Kriegsgefangenen sind trotz des ungeheuren Wertes, die Bekleidungsstücke in Rußland haben, stets unter die ausländischen Soldaten verteilt worden. Es könne daher kein Zweifel darüber bestehen, daß die Sowjetregierung jetzt, wo es sich um Rußland handele, absolut zuverlässig sei. Diese Erklärung machte tiefen Eindruck in der Versammlung und auf den Tribünen.

Genf, 9. Sept. Auch die heutige Sitzung der Völkerbundversammlung war der Aussprache über den Bericht des Völkerbundsrates gewidmet. Von den neun eingetragenen Rednern kamen drei zu Wort und zwar der belgische Senator Lafontaine, der norwegische Delegierte Nansen und der persische Delegierte Zelah-el-Dauleh. Alle drei Redner bezeugten dem größten Interesse, weil sie mit Freimütigkeit und Mut die allgemeinen Probleme der Weltpolitik erörterten. Lafontaine entwarf ein eindrucksvolles Bild der heutigen Weltlage. Das Elend sei groß; die Mittel für seine Linderung noch nicht gefunden. Sechs Millionen Arbeitslose in den Ver. Staaten, 30 Millionen Sum-

gernde in Rußland, ein hinführendes Armenien, ein hilfloses Griechenland, Griechen und Türken mordeten sich, ohne daß die Welt den Mut habe, einzugreifen. Alle Handelsbeziehungen sind gestört und gehindert. Der vergangene Krieg sei furchtbar gewesen, unendlich viel furchtbarer würde ein künftiger sein. Es müsse überall in der Welt ein so gewaltiger Protest gegen den Krieg hervorgerufen werden, daß der Wille entstehe, dem Schrecken des Krieges ein Ende zu machen. Der Redner setzte sich dafür ein, daß die Kriegsschulden vom Völkerbund übernommen würden und daß die Zollschranken unter den Völkern fielen, ein Plan, den man noch für einen Traum halte, den er aber dem Eindruck vorziehe, der sonst auf der Welt liegen werde. Der nationale Egoismus sei gegenwärtig auf seinem Höhepunkt angekommen.

Nansen trat für eine öffentliche Diplomatie ein und behandelte in der Hauptsache eingehend das russische Problem. Man vergesse allzulebte, daß Europa nicht ohne Rußland leben könne. Ein ungeheures Elend herrsche dort. Für Vieh und Menschen gäbe es täglich nur ein halbes Pfund Getreide. Großartig sei bereits geleistet worden, noch viel größeres müsse aber getan werden, um die annähernd 30 Millionen Menschen vor dem sicheren Tode zu retten. Der Sowjetregierung müsse man Vertrauen schenken. Sie werde die Verteilung der gesamten Mittel gerecht vornehmen; wie sie auch bisher stets die übernommenen Verpflichtungen strengstens und genau erfüllt habe. Trotz des Kriegszustandes habe die Sowjetregierung die Abmachungen wegen des Heimtransports der Kriegsgefangenen eingehalten. Wöchentlich sollten 4000 Kriegsgefangene heimtransportiert werden. Es seien aber oft weit über 4000 wöchentlich befördert worden. Über 60 000 Anströmungen seien für die Gefangenen in Rußland geliefert worden, und er habe feststellen können, daß diese 60 000 Anströmungen allen denen zugekommen seien, für die sie bestimmt waren. Nansen begrüßte es, daß schon zahlreiche Länder auf den Hilferuf Rußlands geantwortet hätten, unter anderem Deutschland, Schweden, Norwegen, Dänemark usw. Rußland sei noch immer reich. Nach dem Kriege mit Japan hätten drei gute Ernten genügt, um es wieder hoch zu bringen. Ausreichende Mittel müßten zur Verfügung gestellt werden.

Schließlich sprach noch der persische Delegierte Zelah-el-Dauleh, der den Völkerbund aufforderte, im griechisch-türkischen Kriege seine Vermittlung anzubieten. Er hoffe, daß die Aufnahme neuer Staaten befriedigend geregelt und daß die oberirdische Frage gerecht gelöst werden würde.

Der Präsident schloß die Sitzung mit der Mitteilung, daß die Wahl der Richter für den internationalen Gerichtshof am kommenden Mittwoch stattfinden werde, und daß das Protokoll des internationalen Gerichtshofs nunmehr auch durch Venezuela ratifiziert worden sei.

Genf, 9. Sept. In einer Erklärung zum Stande der litauisch-polnischen Angelegenheit, die heute das Mitglied der politischen Abteilung Peter Denis Bertekern der Presse gab, betonte er, bei der Verwendung des litauischen Kartenmaterials für die Untersuchung der streitigen Fragen habe sich herausgestellt, daß das deutsche Kartenmaterial das gründlichste und brauchbarste sei. Trotz des Einwandes eines Pressevertreters, daß auf polnischer Seite Mißtrauen gegen das deutsche statistische und Kartenmaterial bestehe, beharrte der Vertreter auf seiner Meinung.

Die Mandatsfrage.

Genf, 9. Sept. Auf Antrag des Präsidenten der Völkerbundversammlung beschloß diese in ihrer heutigen Sitzung, die Motion Cecilis über die Mandatsfrage einer Kommission zu unterbreiten u. bis zur Erledigung durch die Kommission der Behandlung der Mandatsfrage zu verschieben. Die Motion hat folgendes Wortlaut: Die Versammlung bedauert die Verzögerung, die bisher die Mandatsfrage erlitt. Sie erkennt an, daß der Rat nicht die Verantwortung dafür trägt und verleiht der Hoffnung Ausdruck, daß es angebracht wäre, sofort an die Definition der Mandate A und B heranzutreten.

Der dritte und letzte Redner der heutigen Debatte über den Bericht des Völkerbunds war der persische Delegierte Zelah-el-Dauleh. Er erklärte, daß die oberirdische Frage sich zu einem europäischen Skandal auswachte, falls sich nicht bald eine gerechte Lösung finde.

Abrüstungs- und Blockadefragen.

Die 3. Kommission für Abrüstung und Blockade nahm die Prüfung des Berichts der internationalen Blockadekommission vor. Es entspann sich eine lebhafte Debatte, in der u. a. Biviani (Frankreich) in längerer Rede auf die Gefahr hinwies, daß gemäß Art. 16 ein Völkerbundsmitglied, das einem andern Mitglied den Krieg erklärt, sich mit allen andern Völkerbundsstaaten als im Kriege befindlich zu betrachten hat. Schließlich wurde eine Unterkommission beauftragt, präzise Schlussfolgerungen aus dem Bericht der Blockadekommission zu formulieren.

Regimentsfest der Grenadiere übergeben. Magagrenadiere. rg. hung er-nals Liedhof September, 2 Uhr ladet er. Gitarrenklub 1919. er, morgens 10 Uhr mmlung bahreines Erscheinen der ünsicht der Vorstand. ft zur ihle rung ab 15. Septbr. heres ssen. enzell. teigerung. zur „Post“ u. R. Hart- 8, den 13. September ab gegen Barzahlung: Sekretär, 1 Kleider- stelle m. Kofl, 1 Woch- weiträd, Hotelkarten. : Porzellan-, Glas-, Weiserpumpmaschine, chine, Silberbesteck, Silbentimer, 1 Fab- retorium u. 1 ander- u. klein. Glaskolben. ohrestiesel Größe 2. ampions u. Anderes. as: Größe 4 m x schenfter 1 m x 76 cm. abinventierter Kofl. Ausgekämmte Krauenhaare u. u. f. fortwährend riseur Odermat. Meyer oder Brodhans Lexikon zu kaufen gesucht. Umgeb. unter S. 210 die Geschäftsstelle dies- ates.

Der österreichisch-ungarische Konflikt.

Vorläufige Räumung des Burgenlandes durch Oesterreich.

Wien, 10. Sept. Die österreichische Regierung hat der Interalliierten Generalkommission in Oedenburg zur Kenntnis gebracht, daß sie mit Rücksicht auf die Ueberfälle auf die Gendarmenposten Zagersdorf und Agendorf und die sich täglich wiederholenden Angriffe auch auf die übrigen Gendarmenposten, sowie mit Rücksicht auf das Verbot, andere Kräfte zur Sicherung des Burgenlandes zu verwenden, sich gezwungen sieht, die österreichische Gendarmerie aus dem Burgenland nach und nach bis an die alte Landesgrenze zurückzuziehen, um die nach einem unüberführbaren Uebernahmeplan zur friedlichen Besetzung ins Land gerufene Gendarmerie nicht weiteren Gefahren auszusetzen. Die österreichische Regierung hat von dieser Absicht auch die in Wien beglaubigten Vertreter der alliierten Mächte und die österreichischen Gesandten in London, Paris und Rom verständigt.

Die österreichische Regierung wird auch die ungarische Regierung von dieser Sachlage mit dem Beifügen in Kenntnis setzen, daß Oesterreich an seiner seit dem 26. 8. bestehenden Souveränität über das Burgenland feierlich festhält und die ungarische Regierung für jede Unbill verantwortlich macht, die einem burgenländischen Bürger wegen seiner Sympathien für Oesterreich etwa zugefügt werden sollte. — Nach den der Regierung zugekommenen telephonischen und sonstigen Informationen sind die Mächte nach wie vor fest entschlossen, Oesterreich zu seinem Recht zu verhelfen. Sie haben weiter angeklagt, daß Mittel und Wege gefunden werden würden, die Durchführung des Friedensvertrags zu erzwingen.

Budapest, 10. Sept. „Magyar Hírlap“ veröffentlicht eine Unterredung seines Wiener Berichterstatters mit einer Persönlichkeit der Wiener italienischen Gesandtschaft, die erklärte, es sei ein Irrtum, den scharfen Ton der Ungarn überreichten Ententente bloß Italien zuzuschreiben. Bei der Umredigierung der milde lautenden Note habe eine zweite Großmacht keine kleinere Rolle gespielt.

Die Entente für die Durchführung des Friedensvertrags.

Wien, 9. Sept. Dem österreichischen Gesandten in Paris ist die entscheidende Versicherung gegeben worden, der Friedensvertrag müsse durchgeführt werden und werde auch durchgeführt werden, darüber könne Oesterreich sicher sein.

Die militärische Lage an der Grenze.

Wien, 9. Sept. Nach einer amtlichen Meldung haben infolge der durch das Zurückgehen der Gendarmen im Raume von Agendorf entstandenen Lage die im Grenzschutz stehenden Kräfte des Bundesheeres den Raum von Wiener-Neustadt gesichert.

Wien, 9. Sept. Zur Sicherung von Mittersdorf, das von der österreichischen Gendarmerie gehalten wird, sind die entsprechenden Maßnahmen getroffen worden. Nach hier vorliegenden Nachrichten ist bei den ungarischen Abteilungen eine Bewegung von Süden nach Norden zu bemerken.

Graz, 10. Sept. In den deutsch-ungarischen Ort Rudersdorf bei Fürstentfeld brach gestern eine Patrouille von Insurgenten ein und erprekte von dem Ortsrichter 200 000 und von einem Fabrikbesitzer 100 000 Kronen. Die Insurgentenpatrouille, die über ein Maschinengewehr verfügt, hält den ungarischen Grenzort besetzt.

Wien, 10. Sept. Amtlich wird gemeldet: In allen Grenzabschnitten ist die Lage unverändert.

Zur auswärtigen Lage.

Eine Protestnote der Reichsregierung gegen die Abtrennungsverordnung für das Saargebiet.

Berlin, 9. Sept. Die Regierungskommission des Saargebietes hat bekanntlich vor einiger Zeit eine Verordnung über die Eigenschaft als Saarländischer erlassen. Gegen diese Verordnung hat die Reichsregierung bei der Regierungskommission und beim Völkerbund Einspruch erhoben. In der Protestnote ist ausgeführt, daß für die Bestimmung des Begriffes Saarländischer kein Raum sei, weil unter Wohnern des Saargebietes einfach die zu verstehen sind, die im Saargebiet wohnen. Die deutsche Regierung erklärt diese Verordnung für vertragswidrig. Dem nach ausdrücklicher Bestimmung des Versailler Vertrags soll die Staatsangehörigkeit der Bewohner des Saargebietes in keiner Weise berührt werden. Diese Rechtslage war aber unbestreitbar die, daß Inländer nur die deutschen Staatsangehörigen waren, denen die Ausländer, alle Personen, die nicht deutscher Staatsangehörigkeit waren, gegenüberstanden. Diesen Unterschied will die Regierungskommission beseitigen und an seine Stelle den Gegensatz von Saarländischer zu Nichtsaarländischer setzen. Die deutsche Regierung legt nachdrücklich Verwahrung ein, durch diesen ersten Versuch durch Schaffung eines Rechtsinstituts, das einer besonderen saarländischen Staatsangehörigkeit gleichkommt, dem Saargebiet die Merkmale eines eigenen Staatslebens zu verschaffen. Dies steht im vollen Widerspruch zu den obersten Grundsätzen des Vertrages von Versailles, nach dessen klar ausgesprochenem Willen das Saargebiet lediglich ein vorübergehend der Regierung des Völkerbundes unterstellter Teil des deutschen Reichsgebietes ist, und in dem das Recht der Staatsangehörigkeit seiner Bewohner keinerlei Aenderung unterzogen werden kann, so daß dort Ausländer keine staatsbürgerlichen Rechte ausüben dürfen.

Die Ansichten der Alliierten über das Nationalitätenprinzip im Versailler Vertrag.

Berlin, 10. Sept. Der englische Lord Blyth hatte kürzlich in einer Rede Italien für den schuldigen Teil erklärt für die Zustände, die aus dem Versailler Vertrag entstanden sind. Italien hätte Sanktionen nicht annehmen dürfen, weil es dadurch das Nationalitätenprinzip verletzt habe, und Frankreich sei in seinem blinden Haß gegen das besiegte Deutschland ebenso schuldig, wenn ein wirklicher Frieden nicht eintreten könne. Der italienische Senatspräsident Tittoni hat Lord Blyth geantwortet, daß er den ganzen Vertrag von Versailles für einen einzigen Verstoß gegen das Nationalitätenprinzip halte, doch sei der Vertrag nicht von Italien gemacht, sondern von den Verbündeten, von denen England die bedeutendste Rolle bei dem

Antliche Bekanntmachungen.

Betr. Mehlanweisungen.

Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Brotkarten nur für den Monat Gültigkeit haben, für den sie bestimmt sind. Dem Kommunalverband, der genau nach der Zahl der Versorgungsberechtigten Bevölkerung mit Mehl beliefert wird, ist es nicht möglich, einen sogenannten Vorschuß von Mehl zu geben. Die Mehlanweisungen werden alle 14 Tage erteilt und erhalten die Bäcker und Händler so viel Mehl als solches für die Versorgungsberechtigten auf 14 Tage benötigt wird. Eine gleichmäßige Verteilung an die Händler und Bäcker ist natürlich nicht möglich, denn der eine hat eine größere, der andere eine kleinere Kundenchaft, vielmehr wird die Zuweisung des Mehls nach der Zahl und dem Gewicht der zurückgegebenen Brotmarken vorgenommen. Dadurch kann es vorkommen, daß der eine oder andere Bäcker seinen Mehlvorrat vor der nächsten Mehlansgabe aufgebraucht hat, und um eine Zwischen-Mehlzuweisung beantragt. Diesem Ersuchen kann in Zukunft nicht mehr entsprochen werden, denn dadurch würde diese Menge Mehl zu viel und zu früh verbraucht und bei der nächsten Mehlanweisung würde solches fehlen.

Calw, den 9. September 1921.

Kommunalverband: Bögel, Amtmann, A. B.

Betreff: Ausländer.

Es besteht Veranlassung, die Schultheißenämter darauf hinzuweisen, daß sämtliche in die Gemeinden des Bezirks zureisenden Ausländer der Aufenthaltserlaubnis des Oberamts bedürfen.

Zu diesem Zwecke haben sich die Ausländer mit ihren Reisepapieren persönlich auf dem Oberamt einzufinden.

Calw, den 8. September 1921.

Oberamt. Bögel, Amtmann A. B.

Betreff: Verarbeitung von Obst und Obstzeugnissen zu Branntwein.

1. Im Interesse einer einheitlichen Behandlung von Gesuchen um Erteilung der Erlaubnis zur Branntweinherstellung aus Obst, Obstzeugnissen und Rüstküsten von Obst hat die Landesverwaltungsstelle im Benehmen mit dem Ernährungsministerium die Oberämter ermächtigt, in allen Fällen für die Genehmigung, Abweisung, sowie Zurückziehung eines Gesuches Sporteln anzusetzen.

2. Unter Bezugnahme auf den Erlaß vom 27. Aug. 1921 Nr. 224 (Calwer Tagblatt Nr. 207), in welchem erwähnt ist, daß die Gesuchsteller auf ihre Kosten Gutachten maßgebender Sachverständiger beizubringen haben, bemerken wir noch, daß wir (anstelle der bisherigen Meldungen von Amtsdiensten und Schulheuten) bei verdorbenem Frischobst die Bestätigung eines Obstfachverständigen (Gemeindebaumwart oder Obstzüchter) für genügend halten und bei kleineren Mengen Most oder Obstwein diejenige eines Küfermeisters. Für größere Mengen Dörrobst, Obstmost und Obstwein ist das Gutachten eines Nahrungsmittelchemikers erforderlich.

3. Die Landesverwaltungsstelle teilt mit, sie habe Kenntnis davon erhalten, daß Ortsvorsteher Genehmigung zum Brennen von Most erteilen, obwohl sie hierfür nicht zuständig sind.

Die Herren Ortsvorsteher werden darauf hingewiesen, daß ihre Zuständigkeit auf die in Paragr. 2 und 3 der Verf. des Ernährungsministeriums über das Verbot der Herstellung von Branntwein aus Obst vom 8. Sept. 1920 (Staatsanz. Nr. 205), bestimmten Fälle beschränkt ist.

4. Unter den in Paragr. 2 dieser Verfügung genannten erwachsenen Haushaltungsangehörigen sind über 18 Jahre alte Personen zu verstehen.

Calw, den 8. September 1921.

Oberamt. Bögel, Amtmann A. B.

Zustandekommen dieses Vertrags innehatte. Droyos antwortete darauf und sagte, wenn die Auffassung Tittonis von den übrigen Verbündeten geteilt werde, so bleibe nur das eine übrig, den Versailler Vertrag sobald als möglich aufzuheben und an seine Stelle einen neuen Friedensvertrag zu setzen, der allen Nationen ihr Recht zurückgibt. Die deutsche und die amerikanische Presse schreibt zu dem Vorschlage des Lords, daß sie sein christliches Urteil einzuwickeln wisse, aber der Lord dürfe seine Nation nicht vergessen, die die Urheberin an diesem Uebel des Vertrages trage. England habe nicht allein alles aufgeboden, den Versailler Vertrag durchzusehen, sondern es habe sich auch gegen jede Aenderung gewehrt.

Die englischen Gewerkschaften zur Abrüstungsfrage.

London, 9. Sept. Auf dem Gewerkschaftskongress in Cardiff erklärte der ehemalige Präsident der Bergleute, Smillie, die Lösung des Abrüstungsproblems hänge von der internationalen Einigkeit der Arbeiter ab und davon, ob ihr erbitterter Kampf hart genug sei, um sie gegen ihre Regierung mitzuraufen zu machen. Die Gewerkschaft der Bergarbeiter habe beschloffen, im Falle des drohenden internationalen Kriegs die Bergarbeiter aller Nationen zu einer Konferenz zusammenzuberufen, um eine sofortige Stilllegung der Arbeit aller Bergarbeiter der Welt zu erreichen. Diese Entschloßung sei mit überwältigender Mehrheit angenommen worden.

Die Kämpfe in Spanisch-Marokko.

Melilla, 9. Sept. Die arabische Artillerie hat die Stadt Melilla weiter beschossen. 150 Granaten fielen auf die Stadt, die meisten allerdings ohne zu explodieren.

Deutschland.

Der neue deutsche Oberkommissar für das besetzte Gebiet.

Berlin, 9. Sept. Dem als Oberkommissar für die besetzten Gebiete in Koblenz in Aussicht genommenen Fürsten Hoffeld-Wildenburg ist seitens der Völkervertragskonferenz das Agrement erteilt worden.

Keine politische Beeinflussung der Kriegsbekämpfungsvorgänge durch die Reichsregierung.

Berlin, 9. Sept. In der Presse tauchen immer wieder Nachrichten auf, daß die Reichsregierung in den sogenannten Kriegsbekämpfungsvorgängen den Oberreichsanwalt angewiesen habe, möglichst schwere Strafen zu beantragen, und die Angeklagten zu opfern, um

der Entente den guten Willen Deutschlands zu beweisen. Es wurde auch bezweifel, daß das Auswärtige Amt kurz vor dem Beginn der Verhandlungen in Leipzig den Oberreichsanwalt veranlaßt habe, von der in Aussicht genommenen Darlegung der völkerrechtlichen Zuständigkeit des U-Bootkriegs Abstand zu nehmen. An diesen Nachrichten ist kein wahres Wort. Bezüglich des letzten Punktes ergibt sich dies schon daraus, daß der Oberreichsanwalt in seinem Plaidoyer in dem Prozeß gegen den Kapitänleutnant wegen der Besetzung des Lazarettsschiffes eingehend die Frage nach der Rechtmäßigkeit des Beschlusses, Lazarettsschiffe zu torpedieren, erörtert hat.

Die französische Gewalt Herrschaft in der Pfalz.

Frankfurt-Main, 9. Sept. Der „Frankfurter Zeitung“ zufolge verließ die französische Regierung dem Provinzialbeauftragten der Pfalz, General Demeh, in Anerkennung seiner Verdienste um die friedliche Durchbringung der Pfalz (1) das Prädikat „Exzellenz“. Eine Verordnung erklärt die Speyerer Polizeimannschaft für abgesetzt, da sie unfähig sei, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Polizeigewalt geht ab 8. September auf die Besatzungstruppen über. Nach den gelobten deutschen Polizisten wird gefahndet, um sie den französischen Besatzungsbehörden zur Verfügung zu stellen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 10. September 1921.

Der allgemeine Stand der Ernte.

Die Getreideernte ist allerorts beendet und gut und trocken unter Dach gekommen. Sie hat nach Menge und Güte, sowie nach Strobertrag allgemein befriedigt. Notweise gab es, auch bei Hafer, nur wenig. Die Droschgergebnisse scheinen vielfach besser auszufallen, als erwartet wurde. Die nabegegangenen Regenfälle haben das Wachstum ungemein gefördert. Dem Dehnnd konnten sie freilich nicht mehr viel nutzen, aber den Kartoffeln und den sonstigen Hackfrüchten kam die erhöhte Feuchtigkeit sehr zu statten. Wo, wie auf leichten, sandigen Böden das Kraut der Kartoffeln, infolge der langen Trockenheit, nicht schon ganz abgestorben war, sind es wieder frisch zu grünen an und die Knollen wachsen noch wesentlich nach. Auch die Zucker- und Runkelrüben, sowie die Kleefelder konnten sich etwas erholen. In manchen Gegenden haben die Weizen ihre frühere Farbe verloren und versprechen namentlich im Donautal noch ein reichliches Herbstfutter, so daß die geringe Dehnnderte des Landes vielleicht doch einigermaßen noch ausgeglichen werden kann. Nur dürfen keine Frühfröste und keine neue Trockenheitsperiode eintreten. Die Obstausichten haben sich für Äpfel und Birnen etwas gebessert. Die Früchte sind noch gewachsen und fallen weniger ab. Einen recht günstigen Stand weisen die Weinberge fast überall auf, sie stehen fast durchwegs schön und zeigen oft vollen Behang. Ueber Feldmäuse und Engerlinge wird immer noch lebhaft geklagt. Sie richten in den Brachfeldern, besonders in Kartoffelfeldern und Gemüseländereien viel Schaden an.

Nottschrei aus Oberschlesien!

hm. Spendet Lebensmittel, auch die kleinste Gabe ist willkommen! So tönt es uns entgegen von den hartbedrängten Oberschleslern. Das Land dort ist unbeschreiblich, es fehlt am allerersten. Auch Tausende von Flüchtlingen müssen versorgt werden, sollen sie nicht dem Hungertode zum Opfer fallen. Wer in der Lage ist, unverzüglich Lebensmittel abzugeben, und das ist in den Landgemeinden am ehesten der Fall, wie die opferfreudige Sammlung der Schüler in Reichenberg zeigt, der gebe was er kann. Die gesammelten Lebensmittel sendet man an: „Bereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier, Landesstelle Württemberg, Stuttgart, Neuer Bahnhof, Eingang 4 A Ludwigsburgerstraße. Fernruf 7016. Sätze (keine Papierstücke) werden umgehend zurückgesandt. Die gesammelten Lebensmittel werden durch vertrauenswürdige ehrenamtliche Personen in die schwersten heimgefluchten Gegenden gebracht. Darum spendet unverzüglich Lebensmittel. Wer dazu nicht in der Lage, gebe sein Scherlein bei einer der bekannten Sammelstellen ab.“

Feuerungszulagen für Gemeinderäte.

Zu den Sitzungsgeldern der Gemeinderatsmitglieder können, nach einer Verfügung des Ministeriums des Innern in Regierungsblatt, durch Beschluß Feuerungszulagen von 30, 25 oder 23 M. zu den bisherigen Tagelohnern von 15, 10 und 7 M. gewährt werden, entsprechend den drei Gemeinderats-Württembergs (große, mittlere und alle übrigen Gemeinden). Die übrigen Dienstleistungen eines Gemeinderats außerhalb der Sitzung werden bekanntlich mit 15, 10 und 7 M. entschädigt. Durch einen besonderen Beschluß können Feuerungszulagen bis zu 30 M. gewährt werden. Die neuen Feuerungszulagen gelten auch für die übrigen Amtskörperchefsbeamten.

Voranmeldung von Ferngesprächen.

Nach der neuen Fernsprechordnung können vom 1. Oktober ab im Fernverkehr Gespräche bereits am Nachmittag des Vortages gegen eine besondere Gebühr von 50 Pfennig für die Anmeldung eines jeden Gesprächs unter Angabe einer bestimmten Anmeldezeit bestellt werden („Vortagsanmeldungen“). Der Teilnehmer hat bei diesen Vortagsanmeldungen den Vorteil, daß er die Anmeldezeit beliebig bestimmen kann, seinerseits also nicht gezwungen ist, die Gespräche in früher Morgenstunden anzumelden. Daneben können auch vom 1. Oktober ab schriftliche Vortagsanmeldungen sowie Daueranmeldungen zugelassen werden, das sind Anmeldungen auf täglich zwischen denselben Zeitintervallen auszuführende Gesprächsverbindungen, die für einen längeren Zeitraum, z. B. 14 Tage, im voraus bestellt werden. Einrichtungen dieser Art werden jedoch nur in solchen Orten zugelassen, wo ein Bedürfnis dafür vorliegt. Die gewerbemäßige Anmeldung von Ferngesprächen durch Dritte ist nach der neuen Fernsprechordnung verboten und gilt als mißbräuchliche Benutzung des Anschlusses. Die Höchstdauer einer Ferngesprächsverbindung wird durch die neue Fernsprechordnung auf 15 Minuten begrenzt, damit die Leitungen künftig einem weiteren Kreise von Benutzern zur Verfügung gestellt werden können.

Matmäßliches

Ein im Westen

die Lage des

am Sonntag

und in der

Hauptfrage

Waldenbach, 9.

Ne Einweihung

Gemeinde statt.

Walden, welches

zu wurde, hatte

die einen würdigen

Einweihung

unter

und Grlanden

Zahl von Grlern

würdige Vereine

herr Stadtpfarrer

Beherede, in her

auf die Bedeutung

bet mit anschließender

dann ergriffen

Calw, der den

Bildhauer S. H. D.

übertragen war,

meinde Waldenbach

ging die Entschluß

übernahm alsdann

dabei fälligen

des Berkes beige

baumlester Herbold

gen Künstler Schö

ter Weise erledigt

maßstierten und

geschaltet hatten.

mal nach dem

legte er einen

Es folgten noch

Herren Hauptlehrer

gelegten Kamera

Gammann n. na

ler von Calw

Herzliche Worte

Zeinach, Herr

bewegten Worten

überbrachte und

feier war von

Waldenbach umrah

Diebenzell, 10.

Kunft auf den

Frei Schlotth

Fernspr.

Nr. 109

Bezi

2 Bau- und

2 Diensth

1 Maler (n

1 tüchtiger,

nicht unter

1 Schumma

1 Zimmerm

Calw, den 9.

Bauen

Es ist in leg

ohne die vorgef

zuwarten mit

den Bauen beg

selbst dadurch

festhalten. A

ber an Nachbarn

werden verlei

Die Baupolize

mit aller Strenge

in dieser Hinsicht

Bauherrn, sond

Bauhandwerker.

Der Bauhandwerk

bevollmächtigte

Verlangens aufm

den und befreit

Unabhängig v

besteht die zur

erforderlichen

Die Nachbar

sch, die Baupoli

zügen und wenn

baupolizeiliche

am Mitteilung

Calw, den 9.

Die Bau

Dresdner Bank
Eigenkapital
500 Millionen Mark
Stuttgart Cannstatt
Heilbronn Ulm

Lichtspieltheater Badischer Hof
Morgen Sonntag mittag 3 Uhr und abends 8 Uhr.
Homunculus
III. Teil - Ein Titanenkampf
mit Beiprogramm.

Am Sonntag
ist das
Waldkaffee
für diesen Sommer das
letztmal geöffnet.

**Wirtschaft zur
Talmühle**
wird wegen Betriebserweiterung ab 15. Septbr.
bis auf weiteres
geschlossen.

Färberei Strubberg
Chem. Waschanstalt.
Annahmestelle: Nane Schaible, Badstr.

Achtung!
Pferdezüchter!
Eine Trächtigkeitsversicherung bei der Ersten
Württemberg. Viehvers. Ges. in Stuttgart kostet für
Stute mit Fohlen nur Mk. 30.--
Große Vorteile! Feste Prämien!
Keine Nachzahlung!
Abschluss auf 80-100% Entschädigung möglich.
Keine Herabsetzung der Entschädigung (sog. Nach-
tage). Bei Erkrankung infolge Geburt Verlänge-
rung um 6 Wochen kostenlos.
Anträge vermittelt:
Friedrich Bubeck, Calw.

Frischhoffmann, Sellbach
Schweine-Verband bei Stuttgart
Fernsprecher 141.
Geckte, moderne Betriebsanlage.
Regelmäßiges Eintreffen großer Transporte erstklassiger
kleiner und großer

Hannov. Einstell-Schweine
(Sonder Schlag) zur Mast und Zucht wohl ichtaus best-
geeignete Tiere. Reise hierher immer lohnend.
NB. Diese Woche großer, frischer Bestand zu ausnahms-
weis billigen Preisen.

Sahrpläne für den Bezirk Calw
erhältlich das Stück zu 50 s
in der Geschäftsstelle ds. Blattes.

Für Hochzeiten,
Tanzbelustigungen usw.
empfehlen sich
zwei perfekte
**Harmonika-
spieler.**
Angebote an
Fränke, Bröglingen
Dietlingerstraße 31.

Sessel
hat vorrätig
M. Ginaber,
Stammheim.

Maiz,
Maismehl,
Weizenkleie,
Delmehl,
Zuckermelasse,
Futterkalk
empfiehlt
Otto Sang.

Kaffee
in bekannt guter
Mischung.
roh und jede
Woche frisch
gebrannt
empfiehlt
C. Serva
Fernsprech-Nr. 120.

Gute Kleie
(Hühner-Futter)
empfiehlt
F. Nonnenmacher.

**Landhaus
-Villa-**
in Liebenzell oder dessen
Umgebung zu kaufen
gesucht.
Ausführliche Angebote über
Einteilung und Zimmerzahl,
Größe vom Garten nebst
Preis erbeten unter N. W.
211 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

**Briefmarken
Sammlung**
grösseres Objekt gegen so-
fortige Kasse
zu kaufen gesucht.
K. Schlatter, Geislingen Stg.

10-20 **Leinwand**
Weizen
werden zu kaufen
gesucht.
Fernsprecher 74.

Für kleines
Fabrikationsgeschäft
wird hierzu
geeignetes
Anwesen
hier oder in der Umgebung zu
kaufen gesucht.
Angebote mit genauer Be-
schreibung d. Objekts, Größe
v. Areal, Preis usw. sind zu
richten unter N. W. 211 an
die Geschäftsstelle ds. Blattes.

**Reinigungs-
mittel**
für
Küchen
und
Wäsche

Zeichnungen
auf die
5% Neckar - Anleihe
nimmt zu 99% bis 14. ds. Ms. entgegen
Spar- und Vorschussbank.

Steppdecken
(Neuanfertigung u. Aufrarbeiten)
Karl Strohmaier, Kirsau
Polster- u. Dekorationsgeschäft Pletschenau.

Oberschlesien
verwüstet und geplündert von polnischen Horden,
der notwendigsten Lebensmittel u. Kleidung beraubt,
hungert.
Es ist dringend nötig durch **Sammlung**
unverderblicher Lebensmittel
den bedrängten Volksgenossen im Südosten zu helfen.
Alleinige Lebensmittel-Sammelstelle für Würt-
temberg: Vereinigte Verbände heimattreuer
Oberschlesier, Stuttgart, Neuer Bahnhof,
Eingang IVA, Ludwigsburgerstr., Fernspr. 7016.

Zur Herbstkartoffelversorgung
empfehle
**prima ausgereifte lagerfähige
Kartoffeln**
in kompletten Ladungen und kleineren Mengen
zum billigsten Tagespreise
franko jeder Eisenbahnstation.
Schriftliche Bestellungen nimmt entgegen unter Zusicherung
prompter Antilieferung ab Ende September-Oktober.
Friedrich Hubel, Geisingen.
Fernsprecher Nr. 1.

Säffer neue und
gebrauchte
150-800 Liter haltend verkauft
Fr. Schad, Käferei, 3. Jungfer
Montag, 10. September von vorm.
7 Uhr ab, steht in unserer Stallung

in Calw
im Gasthaus zum „Löwen“
ein sehr großer Transport erstklassiger,
schwerer, junger



Rälberläbe,
trächtiger **Rübe,**
jung. **Milchlübe,**
große Auswahl schwerer, hochträchtiger

Kalbinnen,
sowie schönes
Jungvieh

zum Verkauf, wozu Liebhaber zu Kauf
und Tausch freundlichst einladen
**Rubin, Salomon u. Max
Löwengart.**

Ständiges Inserieren bringt Erfolg!

**Pauline Maier
Gottlieb Ganzhor.**
grüßen als Verlobte
Calw Windhof (Calw)
September 1921.

Sonntag, den 11. September
Konzert der Stadtkapelle
im Garten des Badischen Hofes.
(Bei ungünstiger Witterung im Saal)
Anfang 1/4 Uhr. Eintritt 2 Mk.

Bekanntmachung.
Die Alleinvertretung für das Oberamt Calw des
Trockenschneidfeuerlöschers
„Triumph“
(Preis mit Halter Mk. 100.-)
hat die Firma **Friedrich Stög, Messer-**
schmied, Calw, Lederstraße 165, übernommen.
Großes Lager bereits vorrätig.
Engelbert Drexler, Generalvertreter.

Bad Liebenzell.
Fabrik-Versteigerung.
Wegen Auflassung des Hotels zur „Post“ u. K. Han-
mann verkaufe ich am Dienstag, den 13. September
von vorm. 9 Uhr u. nachm. 2 Uhr ab gegen Barzahlung:
Schreinwerk: 1 schön pol. Sekretär, 1 Kleider-
ständer m. Vorhang, 1 Bettstelle m. Kopf, 1 Bock-
leiter, 1 Krocketstiel, 1 zweiräd. Hotelkarren.
Rüchen- u. Hotelgeschirr: Porzellan-, Glas-,
Email- u. Eisengeschirr, 1 Messerputzmaschine,
1 Gismaschine, Pajstiermaschine, Silberbesteck,
Serviettenringe, versch. Toilettenweimer, 1 Faj-
trichter, 1 Hackkloz, 1 Petroleum- u. 1 Lanter-
nen, 1 kleiner Herd, groß u. klein. Glaskolben.
Verschiedenes: 1 Paar Rohrstiefel Größe 42,
Anfichtskarten, 1 Partie Lampions u. Anderes.
2 Firmenschilder in Glas: Größe 4 m x
140 cm u. 80 x 40 cm. 1 Dachfenster 1 m x 75 cm.
Liebhaber sind eingeladen
Stadtinventierer Koll.

**Gute
Nudeln**
das Pfund zu 7 Mark
sind frisch zu haben bei
Heermann Schmitte.

Wetenschwamm.
Verkaufe ein mittelformer,
zirka 30 Wochen trachtige,
gute
Mug-Ruh,
(Mägner), sowie eine 20
Wochen trachtige
Zucht-Kalbin
(Simmthalter).
Jakob Pfrommer.

Patent-Büro
Stuttgart
Königsstr. 24 Tel. 7081

Gofa
und
Chaiselongue
hat zu verkaufen
Otto Weiser, Olf's
Nachfolger, Kronengasse.

Uspulun
von Bayer
besies Belzmittel
für alle Wintersaaten
Ritterdrogerie Calw.

Nr. 212.
Ercheinungs-
stellen Nr. 2.

**Verständ
und**
Die Reichs-
im Hinblick auf
durch die Ermor-
Aufhebung des
standes verhängt
gleichzeitigen Be-
und der Zeitung
im Zusammenhan-
verfassungsbrechli-
wie behauptet wo-
rüber Regierung
aktive Auffassun-
digkeit der Aufre-
standen berechtigt
auch für die Auf-
weil die Links-
und als Gegenat-
langten. Auch
Ermordung Erz-
Regierung Rahr
wohl bloß um
haben. Da aber
und Demokratie,
Reich ankommen
schen Regierung
lung des Aus-
niffe es gestatter
auschusses abgel-
Aufhebung des
Berordnung des
sprechend dem V-
geändert werde.
Zuständigkeit der
Reich beantragte
Wir wissen nicht
Bayern durchaus
er infolge Verän-
seinen Abgang fi-
Kadtritt sich nur
vollziehen, auf
Mitte auch in
Zentrum (bayris-
Mehreiszustalt
wieder eine Ann-
den Führer der
sche Stofkraft be-
Kämpfe wesentl-
Im Interesse
schen Landtags-
heule die Aussta-
schwerer innerer
wird sich wohl
den geben.
Entgegenk
München, 10.
des händigen Lan-
4 und 7 des Ver-
nahme der Koalit-
Zuständig für Be-
nahme nach § 2
bestimmten Stellen
bezugsnehmender
Schlagnahme ersuch-
dahn geändert: G-
entsprechen zu für
Reichstagsauschu-
gendersmaßen lau-
schiede eingereicht
dem Obersten Ger-
Schlußbemezung
der Voraussetzung
tischen Regierung
des Ausnahmestuf-
er Ausprache zu
sozialdemokratische
beauftrag, alsbat-
nehmen. Die nä-
mittags 11 Uhr